

## Arbeitsplätze retten

Die direkte Demokratie ist eine wunderbare Sache. Dank ihr haben wir immer wieder Gelegenheit, die Schweiz vor dem sicheren Untergang, die Schweizer Wirtschaft und KMUs und Familienbetriebe vor dem finalen Kollaps zu bewahren und Hunderttausende von Arbeitsplätzen zu retten. (Natürlich nur, sofern man den Stimmzettel richtig ausfüllt.) Auch darum sind wir das glücklichste Volk auf Erden.

Demnächst dürfen wir wieder eine solche familien- und wirtschaftsfeindliche Attacke abwehren, nämlich bei der Abstimmung über die nationale Erbschaftssteuer-Initiative. Die Initianten wollen die Vermögen, die sich in wenigen Familien konzentrieren, ein bisschen besser verteilen. Das Geld soll an die AHV gehen, die ja sowieso demnächst im Keller ist, und an die Kantone, die auch schon bessere Zeiten gesehen haben, ausser dem Kanton Zug, natürlich. Ja, wenn man sich das so überlegt, dünkt es einen schon nicht ganz richtig, dass bei uns in der Schweiz zwei Prozent der Leute soviel Vermögen besitzen wie die restlichen 98 Prozent. Und wenn diese zwei Prozent das Zeitliche segnet, gehen ihre Millionen an die Nachkommen über, ohne dass die einen Rappen Steuern zahlen müssen. Jedenfalls in den meisten Kantonen. Wir sind doch sonst noch so für Ausgleich und Gerechtigkeit, in der Schweiz. Da müssten wir doch eigentlich für diese Initiative sein, oder? Vor allem, wenn wir zu den 98 Prozent gehören, wie logischerweise oder nach Adam Riese die meisten von uns.

Manche von uns denken vielleicht, sie kämen plötzlich doch noch zum Erben, weil plötzlich ein verschollener Onkel aus Amerika oder Sibirien auftauchen könnte. Wer weiss, ist ja möglich, so läuft das in Filmen und Romanen. Und dann würde es uns wurmen, wenn wir nur zwei Milliönchen davon behalten dürften und vom Rest 20 Prozent dem Staat abliefern müssten. Logo, dass die, die das hoffen, gegen die Initiative sind.

Wenn wir ein KMU sind, so sagen jedenfalls die vom Initiativkomitee, dann wäre der Freibetrag, der nicht besteuert wird, 50 Millionen, und ein familiärer Landwirtschaftsbetrieb werde ganz von der Erbschaftssteuer befreit. Und bei Familienbetrieben reduziert sich der Steuersatz auf fünf Prozent, statt 20, und kann über zehn Jahre hinweg bezahlt werden. Eigentlich nicht so schlecht, wenn man ein bisschen darüber nachdenkt. Aber ganz genau muss das zuerst das Parlament festlegen, und da weiss man ja doch nicht zum Vorherein, was dabei herauskommt. Plötzlich sind die nur für Grossaktionäre und Banken und so, oder wieder nur für die Bauern, wie auch schon. Also, da stimmen wir gescheiter nein, besonders, weil wir so auch unzählige Arbeitsplätze retten können. Und als KMU könnte man ja mal gross werden, wenn alles gut läuft, also sind wir auch deshalb dagegen.

Wir in der Schweiz waren ja schon oft dagegen, und es ist jedenfalls nicht schlecht herausgekommen. Zum Beispiel sind wir ja nicht nur ein Volk von Erben, sondern auch von Mietern. 70 Prozent Mieter waren es einmal, inzwischen wohl etwas weniger. Da gab es doch vor Jahren einmal eine Initiative, welche die Rechte von Mieterinnen und Mietern stärken wollte. Also von 70 Prozent der Leute - klare Mehrheitssituation, eigentlich. Aber wir, das Volk von Mietern, haben dagegen gestimmt. Vielleicht haben wir Mieter alle gedacht, dass wir irgendwann plötzlich im anderen Boot sitzen könnten, im Boot der Vermieter, man weiss ja nie. Und da hätten wir ja als Mieter für etwas gestimmt, das uns irgendwann mal in der ungewissen Zukunft schaden würde. Das geht nun wirklich nicht, und deshalb waren wir dagegen. Und natürlich auch, weil wir auf diese Weise unzählige Arbeitsplätze retten konnten.

Oder das mit den Steuern. Das kommt immer wieder. Denn wir sind auch ein Volk von Steuerzahlern. Die Linken und Netten wollen doch von Zeit zu Zeit eine Reichtumssteuer einführen, damit diejenigen ein bisschen mehr Steuern zahlen, die es wirklich dick im Portemonnaie und auf dem Konto und in den Immobilien und Rohstoffen haben und gar nicht merken würden, wenn sie ein bisschen mehr Steuern zahlen müssten. Damit der Kanton oder der Bund für seine vielen öffentlichen Aufgaben wie Gesundheit, Erziehung, Kultur, soziale Sicherheit und so weiter ein bisschen mehr Mittel zur Verfügung hätte. Sagen die Linken. Auch wenn wir profitieren könnten, von höheren Krankenkassenzuschüssen oder kleineren Schulklassen oder häufigeren Busverbindungen oder mehr Polizisten gegen Chaoten, zum Beispiel, stimmen wir immer dagegen. Denn die Unternehmer und Gutbetuchten rufen ja sofort „Steuerhölle“ und alle wollen dann in den Kanton Zug zügeln oder nach Monaco oder Montenegro, und die Wirtschaft ginge elendiglich vor die Hunde. Das wollen wir nicht. Wir haben zum Glück die direkte Demokratie und stimmen nein und retten jedes Mal unzählige Arbeitsplätze. Und die Freiheit der Schweiz. Und Wilhelm Tell und Morgarten und Marignano noch grad dazu, alles im Multipack.